dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 33 **5. September 2025**

aktuell

Informationsdienst des dbb

Inhalt

dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2025
Einfacher, schneller, digitaler: Das erwarten die Deutschen vom Staat

Beamtinnen und Beamte des Bundes
Besoldungserhöhung: Kabinett billigt Abschlagszahlungen

Regionalkonferenzen gestartet
Einkommensrunde: Länder müssen konkurrenzfähiger werden

Handlungsfähigkeit des Staates
Geyer: „Müssen Reformen mit aller Entschlossenheit vorantreiben!“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern
BBB: Berufsbeamtentum sichert verlässlichen Staat

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ
Schmuggelbekämpfung: Initiative gegen illegalen Tabakhandel gestartet

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
dbb Bürgerbefragung: Bildungssystem wird positiv bewertet

Namen und Nachrichten

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2025

Einfacher, schneller, digitaler: Das erwarten die Deutschen vom Staat

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat sinkt das fünfte Jahr in Folge. Dabei haben die Deutschen klare Vorstellungen davon, wie es besser geht.

73 Prozent halten den Staat mit Blick auf die zahlreichen Baustellen der Nation für überfordert. Die Asyl- und Flüchtlingspolitik, soziale Sicherungssysteme/Rente, Schul- und Bildungspolitik, Steuer- und Finanzpolitik, Innere Sicherheit sowie Gesundheitsversorgung werden am häufigsten als Themenfelder genannt, bei denen der Staat nicht in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen. Das zeigt die Bürgerbefragung öffentlicher Dienst, die das Meinungsforschungsinstitut forsa auch 2025 wieder für den dbb durchgeführt hat. 70 Prozent glauben auch nicht daran, dass sich unter der neuen Bundesregierung daran etwas ändert.

„Union und SPD müssen jetzt geschlossen auftreten und abliefern“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer bei der Vorstellung der Ergebnisse am 3. September 2025. „Sie müssen die Dinge, die den Menschen wichtig sind und die ja teilweise auch bereits im Koalitionsvertrag vereinbart wurden, jetzt professionell abarbeiten. Wenn davon wieder nichts im Alltag der Menschen ankommt, folgt auf den ungebremsten Sinkflug des Vertrauens ein ganz harter Aufprall.“

Die Bürgerinnen und Bürger haben ganz klare Vorstellungen davon, was verbessert werden muss: Vorschriften sollen verringert und vereinfacht, ihre Anliegen deutlich schneller bearbeitet und mehr staatliche Dienstleistungen online erledigt werden können. Erstmals seit der Erhebung der Daten findet eine Mehrheit der Befragten zudem, dass der öffentliche Dienst die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu viel Geld kostet. „Wir fordern deshalb schon lange, dass endlich die notwendigen gesellschaftlichen Debatten geführt werden: Welche Aufgaben muss und kann der Staat zukünftig noch erfüllen? Die Antworten muss Politik geben und mit Bürgerinnen und Bürgern verhandeln. Angesichts knapper Kassen und vor allem dem immer drastischeren Personalmangel, führt an dieser Diskussion kein Weg vorbei“, erklärte der dbb-Chef. „Außerdem haben wir große Erwartungen an das neue Digitalministerium. Wenn es Karsten Wildberger gelingt, Digitalisierung und KI-Einsatz in der Verwaltung endlich flächendeckend voranzubringen, spart das nicht nur Kosten und entlastet die Kolleginnen und Kollegen. Es erfüllt auch die klare Forderung der Bürgerinnen und Bürger nach einem digitalen öffentlichen Dienst mit schnellen und bürgernahen Serviceleistungen“, so Geyer.

„Dass die offensichtlich vorhandenen Probleme bislang eher ausgesessen wurden, hat nicht zuletzt auch Konsequenzen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und das Prestige ihrer Berufe“, erklärte Geyer mit Blick auf das in der forsa-Umfrage enthaltene Berufe-Ranking. Selbst die traditionell beliebten Feuerwehrleute, Polizistinnen und Polizisten, Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas sowie Müllwerker haben erstmals seit Erhebung der Daten – wenn auch nur im geringen Ausmaß – an Ansehen verloren.

„Das wird den Kolleginnen und Kollegen, die mehrheitlich überragenden Einsatz trotz widriger Bedingungen zeigen, nicht gerecht. Wirklich dramatisch wird es aber, wenn dieser Ansehensverlust in Extremfällen in Hass und Gewalt umschlägt“, so Geyer. 30 Prozent (+4) der Bürgerinnen und Bürger haben schon einmal beobachtet, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes behindert, belästigt, beschimpft oder angegriffen wurden. Besonders betroffen sind dabei neben Einsatzkräften von Polizei und Rettungsdiensten auch Fahrerinnen und Fahrer von Bussen und Straßenbahnen. Die Hälfte aller Beschäftigten wünscht sich mehr Schutz und Unterstützung von ihren Arbeitgebern bzw. Dienstherrn. „Der Staat darf seine Beschäftigten nicht alleine lassen. Das bedeutet: Umfassende Prävention, lückenlose Dokumentation, volle Unterstützung für Betroffene und konsequentes Verfolgen von Täterinnen und Tätern.“

Die dbb Bürgerbefragung und die Sonderumfrage zur Gewalt gegen Beschäftigte gibt es auf www.dbb.de.

Beamtinnen und Beamte des Bundes

Besoldungserhöhung: Kabinett billigt Abschlagszahlungen

Das Bundeskabinett hat am 3. September 2025 den Weg für Abschlagszahlungen für die Beamtinnen und Beamten des Bundes frei gemacht.

„Damit nimmt die Übertragung des Tarifergebnisses aus dem April endlich konkrete Formen an. Es ist gut, dass wir gemeinsam mit Bundesinnenminister Alexander Dobrindt das Thema weiter konsequent vorantreiben“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer.

Mit dem Kabinettsbeschluss kann es nun – wie im dbb aktuell bereits letzte Woche berichtet – voraussichtlich im Dezember erste Abschlagszahlungen geben, bis das notwendige Gesetz zur Übertragung endgültig verabschiedet ist. Es sind folgende Schritte vorgesehen: ab April 2025 um 3,0 Prozent und ab Mai 2026 um 2,8 Prozent.

Regionalkonferenzen gestartet

Einkommensrunde: Länder müssen konkurrenzfähiger werden

Vor den Tarifverhandlungen mit den Ländern diskutiert der dbb mit den Mitgliedern über mögliche Forderungen. Erste Stationen der Regionalkonferenzen waren Köln und Mainz.

Andreas Hemsing, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, fasste am 2. September die Diskussion in Köln zusammen: „Die Kolleginnen und Kollegen sehen deutlichen Handlungsbedarf, was ihre Bezahlung angeht. Die Länder müssen auf dem Arbeitsmarkt wieder konkurrenzfähiger werden. Gleichzeitig hat sich aus Sicht der Beschäftigten über die Jahre ein enormer Handlungsstau bei vielen Einzelthemen aufgebaut.“ Hier wirken sich auch die ausgebliebenen Verhandlungen zur Tarifpflege aus, zu denen die Tarifgemeinschaft deutscher Länder nicht bereit war.

Hemsing weiter: „Wir sehen, dass Entlastung und Arbeitszeitsouveränität große Themen sind. In der Einkommensrunde 2025 mit Bund und Kommunen sind wir hier erste Schritte in die richtige Richtung gegangen. Die Landesbeschäftigten haben die klare Erwartung, dass die Länder hier mehr tun und sich als moderne Arbeitgeber präsentieren.“

Roland Staude, der 1. Vorsitzende des dbb Landesbundes in Nordrhein-Westfalen (DBB NRW), brachte die spezifische Perspektive der Landesbeamtinnen und -beamten in Nordrhein-Westfalen in die Diskussion ein: „Wie bei jeder Einkommensrunde ist für den dbb klar, dass die Tarifergebnisse auch zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamte sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger in den Ländern und Kommunen übertragen werden müssen.“

Zu Äußerungen von NRW-Arbeitsminister Laumann über die Gleichstellung von Pensionen mit Renten stellte Staude fest: „Die Forderung des NRW-Arbeitsministers zeugt von wenig Kenntnis von Besoldung und Versorgung. Auch in der Landesregierung dürfte inzwischen einschlägig bekannt sein, dass jede Kürzung im Bereich der Pensionen laut Bundesverfassungsgericht automatisch zu einer Erhöhung der Besoldung während der aktiven Phase führt. Minister Laumann mag das Arbeitsrecht beherrschen, aber im Beamtenbereich hat er noch große Defizite.“

Auf der Regionalkonferenz in Mainz am 3. September 2025 erklärte Andreas Hemsing deutlich: „Klar ist, dass zur Steigerung der Attraktivität und zum Ausgleich der Preissteigerungen unsere Kernforderung in dieser Einkommensrunde die lineare Entgelterhöhung sein muss. Darüber hinaus müssen die Arbeitgeber sich in Punkto Arbeitsentlastung deutlich bewegen. Ziel muss es sein, die Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger, für den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen, um junge Menschen für diese Tätigkeiten zu gewinnen, damit diese für sich eine Perspektive eröffnen können.“

Peter Mertens, Stellvertretender Landesvorsitzender und Vorsitzender der dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz unterstrich: „Unsere Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst der Länder leisten tagtäglich einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft.

Die Tarifverhandlungen mit den Ländern bieten die Chance, diese Leistungen angemessen zu würdigen und die Teilhabe an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sicherzustellen. Für uns ist zugleich wichtig, dass ein mögliches Tarifergebnis auch entsprechend auf die Beamtenbesoldung im Land übertragen wird."

Sascha Alles, Landesvorsitzender des dbb saar, zog folgendes Fazit zur lebhaften Diskussion: „Es fehlen aufgrund der Überalterung eine Vielzahl von Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Es kann nicht sein, dass die Kolleginnen und Kollegen dies allein auf ihren Schultern austragen müssen. Die Überlastung der Beschäftigten muss zu Konsequenzen in Sachen flexible Arbeitszeitgestaltung führen. Daneben erwarten wir aber natürlich auch eine spürbare Erhöhung der Entgelte und der Besoldung und Versorgung."

Zeitplan der Regionalkonferenzen: 2. September 2025: Köln; 3. September 2025: Mainz; 8. September 2025: Leipzig; 11. September 2025: Hamburg; 16. September 2025: Stuttgart; 17. September 2025: Nürnberg. Forderungsfindung und -bekanntgabe: 17. November 2025.

Handlungsfähigkeit des Staates
Geyer: „Müssen Reformen mit aller Entschlossenheit vorantreiben!"

73 Prozent der Menschen halten den Staat für überfordert. Kurskorrekturen sind längst überfällig, beklagt der dbb-Chef.

Im vergangenen Juli hat die Initiative für einen handlungsfähigen Staat ihren Abschlussbericht vorgelegt und mehr Digitalisierung sowie eine praxistaugliche Gesetzgebung gefordert. „Die Ergebnisse der jüngsten dbb Bürgerbefragung belegen klar, dass wir keine Zeit mehr verlieren dürfen", sagte dbb-Chef Volker Geyer am 4. September 2025 anlässlich eines Treffens mit dem früheren Bundesinnenminister Thomas de Maizière, der zu den Mitbegründern der Initiative gehört. „Dass 73 Prozent der Menschen kein Vertrauen mehr in die Handlungsfähigkeit des Staates haben, ist fatal. Wir müssen Reformen mit aller Entschlossenheit vorantreiben!"

Dazu gehört für den dbb-Chef vor allem die Modernisierung der Verwaltung: „Die Digitalisierung steht mit ganz oben auf der Prioritätenliste, denn sie erleichtert die Interaktion des öffentlichen Dienstes mit den Bürgerinnen und Bürgern. Es muss uns gelingen, Barrieren abzubauen und Brücken aufzubauen, um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen."

Nicht zuletzt betonte Geyer, dass es ohne Fachkräfte nicht geht: Laut aktueller dbb-Erhebung fehlen dem öffentlichen Dienst 600.000 Beschäftigte. „Wer gutes Personal will, muss für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Dazu gehören eine konkurrenzfähige Bezahlung und attraktive Arbeitszeitmodelle. Es versteht sich von selbst, dass es mit der Handlungsfähigkeit des Staates schwierig wird, wenn an allen Ecken und Enden Personal fehlt."

Dem Vorhaben, die Personalplanung des Bundes im neuen Ministerium für Digitales und Staatsmodernisierung zu bündeln, steht der dbb-Chef kritisch gegenüber: „Aus meiner Sicht ist das realitätsfern. Die hierfür erforderliche Kommunikation – Bedarfe abfragen und vermitteln – würde bloß zusätzliche Bürokratie verursachen. Personalplanung muss dort erfolgen, wo auch das Wissen über erforderliche Kompetenzen und gefragte Tätigkeiten vorhanden ist. Und das ist in den Bundesbehörden selbst."

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

BBB: Berufsbeamtentum sichert verlässlichen Staat

Als „das im Sommerloch übliche Beamtenbashing“ bezeichnet der Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) Rainer Nachtigall die aktuellen Diskussionen um den Beamtenstatus.

Der Diskussion fehle es an Tiefe, Realitätssinn und ernstzunehmenden Argumenten. Das Berufsbeamtentum sei der Garant dafür das staatliche Leistungen verlässlich zur Verfügung gestellt werden und hoheitlicher Aufgaben sachgerecht und unabhängig erfüllt werden.

Regelmäßig in den sommerlichen Ferienwochen treffe es die Beamtinnen und Beamten. In diesem Jahr sahen sie sich zunächst einer Diskussion um die Höhe ihrer Ruhestandsbezüge ausgesetzt, nun geht es gar grundsätzlich um ihren Status. „Anerkennung und Wertschätzung, was der öffentliche Dienst und damit der Staat Tag für Tag leistet, sieht anders aus“, so Nachtigall am 3. September 2025.

Die notwendige Verlässlichkeit mit der der Staat – von den Bürgerinnen und Bürgern zu Recht so erwartet – handeln müsse, reiche deutlich über die von CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann erwähnten Beschäftigungsgruppen (Polizei und Justiz) hinaus. Die Notengebung in der Schule zum Beispiel entscheide über den weiteren Lebensweg von Schülerinnen und Schülern, dort werde aber auch der verfassungsrechtliche Bildungsauftrag erfüllt – eine unschätzbare Errungenschaft, auf die wohl keiner verzichten, oder ihren Wert schmälern möchte. „Und wo stünden wir, wenn grundlegende Verwaltungsbereiche, unter anderem auch die Schule, ein Streikrecht hätten“, fragt der BBB-Chef. „Regelmäßig erleben wir das Chaos, dass bei Tarifverhandlungen in Kitas oder anderen öffentlichen Einrichtungen entsteht“, warnt er.

Man lebe in einer Zeit, in der Teile der Bürgerinnen und Bürger schon jetzt daran zweifeln, ob der Staat den bestehenden Anforderungen gerecht werde. „Die aktuelle Diskussion ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die den Staat ohnehin in Frage stellen.“ Gemeinsames Anliegen aller müsse es sein, den öffentlichen Dienst noch effizienter zu gestalten, ihn wandlungsfähig und zukunftsfest zu erhalten, aber auch sein Wesen als stabiles Element des Staates zu sichern. „Die aktuelle Diskussion ist da kontraproduktiv“, betont der BBB-Chef. Er vertraue darauf, dass man – gerade in Bayern – in zielführendere Diskussionen einsteigen werde.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ

Schmuggelbekämpfung: Initiative gegen illegalen Tabakhandel gestartet

Mit der Kampagne „Schnäppchen? Nein. Verbrechen!“ kämpfen BDZ und der Tabakkonzern Philip Morris Deutschland gegen einen Markt, der organisierte Kriminalität finanziert und den Staat um hunderte Millionen Euro betrügt. Gemeinsam wollen beide das Bewusstsein dafür schärfen, dass der Kauf illegaler Produkte kriminelle Netzwerke stärkt.

Der illegale Tabakhandel ist weit mehr als ein Kavaliersdelikt, stellte der BDZ am 2. September 2025 klar. Nach den vorliegenden Zahlen kostet der illegale Zigarettenschmuggel den deutschen Staat jährlich 401 Millionen Euro an Steuereinnahmen. Der europaweite Steuerverlust beläuft sich auf 14,9 Mrd. Euro; auch durch in Deutschland gefälschte oder produzierte Zigaretten. Diese Gelder fließen direkt in die Kassen mafiöser Organisationen. Deutschland hat sich von einem reinen Transitland zu einem strategisch wichtigen Produktions- und Vertriebsstandort für die Organisierte Kriminalität (OK) entwickelt. Die Zahl der aufgedeckten illegalen Produktionsstätten in Deutschland ist 2024 auf sieben Fabriken gestiegen und hat sich damit fast verdoppelt. Doch das Problem erstreckt sich auch auf neue Produkte wie E-Zigaretten und Vapes, die unreguliert online vertrieben werden und mit relativ geringem Verfolgungsdruck Geld in die Kassen der Verbrecher spülen.

Eine repräsentative Umfrage von Philip Morris zeigt, dass fast die Hälfte der Befragten (48 Prozent) zumindest Verständnis für den Kauf illegaler Waren hat. Gleichzeitig sehen 80 Prozent der Befragten eine hohe Bedrohung durch die Organisierte Kriminalität, aber nur 11 Prozent stellen eine Verbindung mit dem illegalen Zigarettenhandel her. Hier setzt die Kampagne an. Der BDZ weiß um diese Verbindung täglich durch die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen. Die Zöllnerinnen und Zöllner arbeiten am Limit, aber der Kampf gegen diese Kriminalität wird durch fehlende Ressourcen und eine unübersichtliche Gesetzeslage massiv behindert.

Thomas Liebel, Bundesvorsitzender des BDZ, betont: „Der Zoll ist der Schutzwall, der Staatseinnahmen sichert, die Wirtschaft vor kriminellen Einflüssen bewahrt und die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet. Doch trotz wachsender Aufgaben, etwa angesichts der Zunahme illegaler Produktionsstätten für Zigaretten und immer professioneller organisierter Geldwäsche, wird die Modernisierung des Zolls durch anhaltende Sparmaßnahmen gebremst – und das kommt die Allgemeinheit teuer zu stehen.“ Ein Mangel an Personal und moderner Technik sorge dafür, dass man nicht „vor die Lage“ käme, so Liebel. Seit über zwanzig Jahren habe es keinen signifikanten Personalaufwuchs bei den Kontrolleinheiten und Fahndungsämtern gegeben, obwohl die Aufgaben stetig zunehmen und komplexer werden.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
dbb Bürgerbefragung: Bildungssystem wird positiv bewertet

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) sieht in der dbb Bürgerbefragung die Leistungen der Lehrerinnen und Lehrer bestätigt.

Sagten 2019 noch ein Viertel der Befragten, dass der Staat mit der Aufgabe „Bildung“ überfordert sei, sehen dies nun nur noch 15 Prozent der Befragten so. Der VBE-Bundesvorsitzende Gerhard Brand sagte dazu am 4. September 2025: „Es freut uns, dass sich das Bild von Schule ändert. Gleichzeitig ist das kein Verdienst von auferlegten Reformen, sondern von den Lehrkräften, die tagtäglich ihr Bestes geben. Nicht umsonst zeigt die Umfrage auch, dass die Gesellschaft ein hohes Ansehen von Menschen hat, die Kinder bilden und erziehen. Das sagen zwei Drittel der Befragten über Lehrkräfte und sogar drei Viertel über Erzieherinnen und Erzieher. Das zeige: Es kommt auf die persönliche Beziehung, das Arbeiten vor Ort an – und nicht darauf, was sich im Elfenbeinturm ausgedacht wird.“

Spannend sei, dass 65 Prozent der Befragten es für (sehr) wichtig halten, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen: „Wir sehen immer wieder, wie abhängig die Ausstattung der Schule und die Zusammensetzung der Schülerschaft von ihrer Umgebung sind. Politik ist in der Pflicht, durch eine angemessene finanzielle Ausstattung und durch die individuellen Entscheidungen über Personalzuweisung gleichwertige Lernumgebungen bereitzustellen, die ein Fortkommen für jedes Kind sichern.“

In der Sonderbefragung zu Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst wird deutlich, wie groß das Problem ist: 84 Prozent der Befragten geben an, dass die Gesellschaft verroht. 30 Prozent haben sogar selbst schon einmal gesehen, dass jemand aus dem öffentlichen Dienst behindert, belästigt oder angegriffen wurde. Von diesen haben 30 Prozent beobachtet, dass Lehrkräfte angegangen wurden, 15 Prozent, dass dies einer Erzieherin oder einem Erzieher passiert ist. Der VBE-Chef spricht Klartext: „Mindestens jede 10. Person hat selbst gesehen, wie jemand aus dem Bildungsbereich attackiert wurde. Das Märchen vom Einzelfall hat lange ausgedient, auch durch unsere eigenen Erhebungen hierzu (zuletzt im Januar 2025). In dieser Umfrage aber zeigt sich, wie strukturell das Problem ist. Wenn die Politik jetzt nicht einschreitet, ist das unterlassene Hilfeleistung.“ Dazu passt auch, dass ein Drittel der Befragten aus dem öffentlichen Dienst, die selbst schon Vorfälle erlebt haben, sich mehr Unterstützung vom Dienstherrn wünscht.

Namen und Nachrichten

Am 2. September 2025 hat sich der Vorsitzende des **dbb bremen** Olaf Wietschorke mit Mustaffa Güngör, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden der Bremer Bürgerschaft, getroffen. Schwerpunkte waren die Hafensicherheit, die Diskussion über die Einbeziehung von Beamtinnen und Beamten in die Rentenkasse, die beabsichtigte Nichtverbeamtung von „Nicht-Vollzugskräften“ und die geplante Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden für Beamtinnen und Beamte in Bremen.

Termine:

17. November 2025
Pressekonferenz: Forderungen zur Einkommensrunde der Länder 25/26

3. Dezember 2025
Einkommensrunde Länder: 1. Verhandlungsrunde

15.-16. Januar 2026
Einkommensrunde Länder: 2. Verhandlungsrunde

11.-13. Februar 2026
Einkommensrunde Länder: 3. Verhandlungsrunde

Sonderseite zur Einkommensrunde